

Leipzig 2009



Ratgeber Kommunalpolitik

Ein Einstieg in kommunalpolitische
Handlungsfelder

Autoren: Dr. Leonhard Kasek, Jürgen Kasek



DAKS e.V. ist von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen als Kommunalpolitische Bildungsvereinigung anerkannt. Sie wurde 1992 auf Anregung der Kommunalpolitischen Konferenz vom Oktober '91 in Bautzen gegründet. Ziel ist die „Förderung des demokratischen Staatswesens in weitsichtiger, ökologischer und sozialer Verantwortung. Die Vereinigung unterstützt alle an Kommunalpolitik interessierten Bürgerinnen und Bürger, Abgeordnete, Fraktionen und Bürgerinitiativen bei der Gestaltung einer bürgernahen Kommunalpolitik, welche der Verwirklichung von Menschenrechten, dem Schutz der natürlichen Umwelt und unmittelbaren Bürgerinteressen dient“ (*Auszug Satzung*).

Die konkrete Arbeit von DAKS besteht in Beratung und Schulung von Kommunalpolitikern und interessierten Bürgern mittels Seminaren, Vorträgen und Publikationen sowie in der Vernetzung von Kommunalpolitikern und Fachleuten mittels Tagungen und Vermittlung von Kontakten. DAKS e.V. ist Mitherausgeber der bundesweit erscheinenden Zeitschrift „AKP – Fachzeitschrift für Alternative Kommunalpolitik“.

Mitglied bei DAKS e.V. kann jede natürliche und juristische Person (Fraktionen, Vereine) werden, die die Ziele von DAKS unterstützt.

Auszug lieferbarer Publikationen (Erscheinungsjahr):

- „Bürgerbeteiligung aktiv“ (1998)
- „Internet für Alle - Ein Leitfaden für Einsteiger in die elektronische Kommunikation“ (2000)
- „Lebendige Bürgerdemokratie - Einmischung in die kommunale Politik in sächsischen Gemeinden und Kreisen“ (2000)
- „Erneuerbare Energien in Sachsen - Möglichkeiten und Perspektiven alternativer Energiegewinnung“ (2001)
- „Privatisierung öffentlicher Einrichtungen im Freistaat Sachsen“ (2003)
- „Start in die Wahlperiode - Handreichung für kommunale Räte“ (2004/2005)
- „Wege durch den Dschungel - Handbuch für sächsische Non-Profit-Projekte“ (ab 2004)
- „Gemeinschaftsschule vor Ort umsetzen“ (2005)
- „Gute Aktionen fallen nicht vom Himmel“ (2005)
- „Erneuerbare Energien in Kommunen“ (2005)
- „Tu was gegen Rechts - Was Kommunalos wissen sollten ...“ (2006)
- „Bürger machen Energie - Bürgerkraftwerke - ein Handlungsleitfaden“ (2006)
- „Sächsische Kommunalfibel - 292 Stichwörter zu Themen aus der kommunalen Demokratie und Verwaltung“ (2006)
- „Bleib Sauber! Korruptionsprävention und -bekämpfung“ (2007)

DAKS-Vorstand: Alexander Hoffmann (Chemnitz) · Andreas Warschau (Altenberg) · Jens Bitzka (Lauta) · Jens Hoffssommer (Dresden) · Thoralf Möhlis (Riesa) · Wolfram Leuze, Katarina Krefft (Leipzig) · **Geschäftsführer:** Norman Volger
Kontakt: „Die Alternative Kommunalpolitik Sachsens e.V.“ · Hohe Straße 58 · 04107 Leipzig · Tel: 0341 2195740
 www.daksev.de · mail@daksev.de · Sprechzeit im Büro: Mittwoch 14 – 18 Uhr

Einige Worte vorab:

Kommunalpolitik ist ein komplexes Thema. Es sind nicht nur eine Vielzahl an Aufgaben, die durch die Kommunen übernommen werden, es ist auch die Kompliziertheit der Genehmigungsverfahren und die Verschachtelung der Ämter, die einen Einstieg in das Feld der Kommunalpolitik so schwierig machen. Dabei sollte jeder Bürger befähigt sein, in den maßgeblichen Fragen der kommunalen Politik mitreden zu können.

Wenn sich die Bürger künftig aktiver und verantwortlicher an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen sollen, dann müssen sie dazu auch in die Lage versetzt werden: Erster Schritt dabei ist die Möglichkeit, sich Meinungen und Haltungen auf der Grundlage gesicherter und umfassender Informationen bilden zu können.

Das bedeutet zu allererst einmal: Kommunale Verwaltung muss sich ändern. Weg von den Behörden, die Informationen exklusiv für eigene Anliegen verwerfen, sind für diesen Prozess der Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements kontraproduktiv. Es gilt, Kommunen so zu entwickeln, dass der Bürger problemlos die Informationen erhält, die er braucht, um aktiv zu werden – sei es über den geplanten Straßenbau vor dem Haus, der Spielplatzgestaltung nebenan oder der Kita – Sanierung um die Ecke. Wie können Kommunen so transparent werden, dass sich der Bürger ernst genommen fühlt? Mit diesen und weiteren Fragen will sich die Broschüre beschäftigen.

Dabei werden in kurzen Beiträgen jeweils die Kernpunkte kommunaler Politik in den Handlungsfeldern; Soziales; Haushalt; Wirtschaft; Stadtentwicklung und Kinder- und Familienpolitik angerissen. Es werden Beispiele aus sächsischen Kommunen aufgezeigt, an denen die Schwierigkeiten kommunaler Politik erörtert werden. Sei es die Schwierigkeit der Genehmigungsverfahren, sei es die unzureichende finanzielle Ausstattung sächsischer Kommunen. Stichpunktartig werden daneben Möglichkeiten zur Veränderung aufgezeigt.

Wir hoffen, dass wir mit dieser Broschüre einen Einblick in kommunale Politik und entsprechende problemorientierte Lösungsansätze geben können.

Dr. Leonhard Kasek, Jürgen Kasek

Kommunale Stadtentwicklung – Nachhaltig

Stadtentwicklungsfragen sind Querschnittsfragen, die sich nicht getrennt beantworten lassen und auf eine Vielzahl der anderen kommunalpolitischen Handlungsbereiche Einfluss haben. Von den Finanzen der Stadt hängt ab, wie städtebauliche Fragen gelöst werden können. Von der generellen Ausrichtung einer Kommune hängt deren Entwicklung und somit auch die Richtung der städtebaulichen Entwicklung ab. Vor allem aber geht es um die Fragen der Baupolitik, der Verkehrspolitik und der Bürgerbeteiligung in diesen Prozessen.

Wie im Kapitel der kommunalen Wirtschaftspolitik angedeutet, hängt dabei die wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von der Frage der Infrastruktur ab. Durch einen integrierten konzeptionellen Ansatz kann es aber gelingen, dass eine wirtschaftliche Entwicklung gefördert wird. Damit ist zunächst die Grundsatzfrage zu klären, in welche Richtung sich die Gemeinde oder Stadt entwickeln will. Während Leipzig sich bislang dieser Diskussion verweigert hat, setzt beispielsweise die Stadt Dresden auf die Halbleiterindustrie und den Faktor Tourismus.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass die Gemeinden vor großen Herausforderungen stehen. Die Gemeinden müssen sich dem wirtschaftlichen Strukturwandel, dem demografischen Wandel und dem Klimawandel stellen. Diese Herausforderungen erfordern ein radikales Umdenken. Eine zukunftsfähige Stadtentwicklung im 21. Jahrhundert ist **integrativ, kooperativ und nachhaltig**.

Dabei sollte es Leitaufgabe der Verwaltung sein, für eine nachhaltige Entwicklung einzutreten. Also ein entsprechendes, fachübergreifendes und strategisches Verwaltungshandeln. Diese Anforderung trifft auf alle kommunalen Akteure zu, nicht nur auf die Gemeindeverwaltung.

Baupolitik

Im Bereich der Baupolitik haben die Gemeinden entscheidende Einflussmöglichkeiten. Zwar gilt gem. Art. 14 GG der Grundsatz, dass der Eigentümer eines Grundstückes frei ist, entsprechend damit zu verfahren, dies jedoch nur im Rahmen der Inhalts- und Schrankenbestimmungen, etwa der aufgestellten Bebauungspläne einer Stadt. Diese Bebauungspläne werden von den Gemeinden in Form einer kommunalen Eigensatzung erlassen. Damit handelt die Gemeinde in diesem Teilbereich nicht exekutiv sondern legislativ.

Zwingend vorgeschrieben ist dabei die Bürgerbeteiligung. Das bedeutet, dass gemäß der Regelungen im Baugesetzbuch, Bebauungspläne durch die Stadt auszulegen sind und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden muss, Einwendungen gegen diesen Bebauungsplan geltend zu machen. Gerade durch die Aufstellung von Bebauungsplänen hat die Stadt eine Vielzahl von Möglichkeiten, Einfluss zu nehmen.

Beispielsweise können die Gemeinden in den Bebauungsplänen Art und Maß der baulichen Nutzung festsetzen. Dies bedeutet, dass durch Festlegung einer besonders engen Bebauung und dem Vorschreiben einer energieeffizienten Bauweise beträchtliche Einsparpotentiale beim

Energieverbrauch aktiviert werden können. Ebenso ist zu fordern, dass eine wohnortnahe Infrastruktur und Versorgung Vorrang hat. Leitbild sollte hier, „Die Stadt der kurzen Wege“ sein.

Die Regelungsmöglichkeiten können auch so, wie in Marburg, genutzt werden, indem für Neubauprojekte grundsätzlich die Installation von Solaranlagen zu fordern ist. Dabei müssen die Gemeinden nicht soweit gehen, sondern können auch durch die kostenlose Zurverfügungstellung von kommunalen Dachflächen Anreize und Hilfestellungen geben.

Negativbeispiel ist hier die Stadt Leipzig, welche pro qm eine Miete von 1 € verlangt und zudem festgeschrieben hat, dass Bürgersolaranlagen nach zwanzig Jahren in das Eigentum der Stadt übergehen. Dies ist eine Politik, die sich zur Nachhaltigkeit konträr verhält.

Weiterhin gibt es Bestrebungen, in den Gemeinden Klima-/ oder Energiebeauftragte einzusetzen, um Anstrengungen in diesem Bereich zu koordinieren und eine ämterübergreifende Kooperation zu ermöglichen. Dabei ist es vielerorts so, dass eine ämterübergreifende Kooperation meist nicht stattfindet, sondern das Verwaltungshandeln sektoral geprägt ist. Hier kann ein integriertes Stadtentwicklungskonzept Ansatz sein, diese Schwächen zu beheben und eine vorgestellte Entwicklung sicherzustellen. Hier gibt es in Leipzig erste Ansätze.

Weiterhin entscheidend ist, dass die zunehmende Flächenversiegelung gestoppt wird, indem keine neuen Baugebiete auf der grünen Wiese ausgeschrieben werden. Gerade im Zusammenhang mit dem Stadtumbauprozess, der aufgrund des Bevölkerungsverlustes in Sachsen, weiterhin bedingt durch die Fördermittelpolitik, zumeist ein Abriss ist, muss die Nachfrage auf innerstädtische Flächen gelenkt werden. Ansatzpunkt ist hier etwa die Förderung von Flächenentwicklung in innerstädtischen Bereichen.

Auch die Sicherung preisgünstigen Wohnraums in den Gemeinden ist dabei immer wieder ein Thema. Die Wohnungspolitik muss sich auf demografische und soziale Veränderungen einstellen. Besonders wird die Nachfrage der kleinen Haushalte mittleren Alters, der Haushalte mit Kindern und der Haushalte mit Älteren steigen. Mit der Aktualisierung des wohnungspolitischen Konzepts unter Mitwirkung des Stadtrates sollen Strategien für generationenübergreifendes, familienfreundliches Wohnen sowie die Integration von MigrantInnen weiterentwickelt werden. Solche Konzepte und Ansätze existieren mittlerweile in allen sächsischen Großstädten.

Negativ zu erwähnen ist dabei Dresden, dass durch den Komplettverkauf der städtischen Wohnungsbaugenossenschaft Handlungsspielraum verloren hat.

Benachteiligte Stadtteile

Auch viele sächsische Städte sind geprägt von Disparitäten zwischen prosperierenden und benachteiligten Stadtteilen. Die „Wohlhabenden“ konzentrieren sich ebenso in bestimmten Wohnlagen wie die Benachteiligten (Sozialhilfeempfänger, MigrantInnen). Die benachteiligten Stadtteile sehen sich in einer Abwärtsspirale – es überlagern sich städtebauliche Defizite,

soziale Konflikte, wirtschaftliche Schwächen. Diese Stadtteile brauchen besondere Aufmerksamkeit und Förderung. Die Städtebauförderung der nächsten Jahre muss deshalb weiter auf einem integrierten Ansatz fußen und mit einem hohen Niveau an Bürgerbeteiligung fortgeführt werden.

Die benachteiligten Stadtteile sollten dabei auch und gerade mit Europäischen Fördermitteln stärker gefördert werden. Grundlage des Mitteleinsatzes soll ein langfristig angelegtes, integriertes und partizipatives Konzept sein. Die Entwicklung von Stadtteilen erfordert ein abgestimmtes Handeln aller Ebenen (EU- Mitgliedsstaaten, Regionen) und das sinnvolle Ineinandergreifen von Förderprogrammen (EU und national).

Fortführung der „nicht-investiven“ Maßnahmen, wie Quartiersmanagement, auch dann, wenn sie nicht über externe Fördermittel, wie zum Beispiel das EU-geförderte URBAN-II-Programm, unterstützt werden. Das Quartiersmanagement muss weiter entwickelt und als von der Verwaltung (zwar beauftragter, aber trotzdem) „unabhängiger“ Interessenvermittler im Stadtteil gestärkt werden. Ein integriertes Verwaltungshandeln bei der Förderung des Anliegens „Soziale Stadt“. Mehr Bürgerbeteiligung in allen Fragen der Stadtentwicklung. Neben gut organisierten „Beteiligungsinseln“, wie dem Quartiersmanagement mit einer aktivierenden Stadtteilarbeit, gibt es noch zahlreiche weiße Flecken auf der Beteiligungslandkarte. Unterstützenswert ist die Arbeit des „Forums Bürgerstadt“, weil es eine Plattform bietet, auf der gemeinsam mit der Stadtverwaltung die Beteiligungsqualität erhöht und neue Methoden der Beteiligung getestet werden können.

Demografischer Wandel - Schrumpfung

Die traditionelle Siedlungsweise mit dem bekannten Phänomen der Suburbanisierung stammt aus der Zeit des Glaubens an die grenzenlose Verfügbarkeit von Ressourcen. Wachstum heißt immer noch Wachstum in Beton und Fläche. Im Zuge der Schrumpfung werden die Einfamilienhaus-Siedlungen in Randlage zum Problem: Ihr Wert verfällt, sie sind keine verlässliche Altersvorsorge mehr. Die öffentliche Hand spielt die Schlüsselrolle bei der Steuerung der Flächennutzung. Ein Schlüssel zur Reduzierung des Flächenfraßes liegt in der Finanzpolitik: Die Folgekosten der Siedlungsexpansion werden im Bodenpreis nicht abgebildet.

Ansatzpunkte

Eine ökologische Reform der finanziellen Grundlagen, die die Siedlungsentwicklung steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer etc.). Die Ausweisung von Naturräumen in den Städten und Maßnahmen zur deren Schutz, z.B. durch die Umsetzung von Natura 2000-Maßnahmen. Die Aufhebung der Trennung von städtischen Räumen als Arbeitsort einerseits und dem Umland zum reinen Wohnzweck andererseits und somit die Entwicklung beider Räume als soziale und wirtschaftliche Lebensräume.

Verkehr: Stadt und Umland

Direkter Anknüpfungspunkt der Baupolitik ist auch die Verkehrspolitik. Hier gibt es durch die Planung und Ausgestaltung des Verkehrsraumes erhebliche Möglichkeiten lenkend einzugreifen. Es sei etwa auf die Möglichkeit der Stellplatzablöse in der sächsischen Bauordnung hingewiesen. Grundsätzlich müssen für Bauprojekte ausreichend Stellplätze vorhanden sein. Die Kommunen können jedoch durch Aufstellung einer sogenannten Stellplatzsatzung eine Ablöse festlegen. Hintergrund ist, dass zusätzliche Straßen und Stellplätze weiteren Verkehr induzieren. Aufgrund dessen wird auch die heftig kritisierte Waldschlösschenbrücke in Dresden nicht zu einer Entlastung des Verkehrs führen.

Der Verkehr in den Städten ist für 70% aller klimaschädlichen Emissionen verantwortlich. Außerdem verursachen verkehrsbedingte Umweltbelastungen erhebliche gesundheitliche Schäden. Als Stichwort ist dabei vor allem auch die Feinstaubbelastung zu nennen. Diesem Problem muss durch die Aufstellung von Luftreinhalteplänen begegnet werden. Gerade Leipzig hat hier Nachholebedarf. Umweltzonen oder begrenzte Fahrverbote für LKWs, die durch die Kommunen festgeschrieben werden können, sind dabei ein Mittel, um die Belastung zu senken.

Unter dem Aspekt des demografischen Wandels müssen Städte den Mobilitätsbedürfnissen von älteren Menschen wie auch Kindern gerecht werden. Dazu gehören sichere Fuß- und Radwege, Tempo 30 in Wohngebieten und ein für alle Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zugänglicher und bezahlbarer Öffentlicher Nahverkehr.

Eine große Belastung für die Bewohner der Städte ist der Güterverkehr. Nur die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene kann diese Belastung sowohl für die Stadt als auch für das Umland deutlich reduzieren. Der Ausbau der Bahn-Infrastruktur in allen europäischen Mitgliedsstaaten erfordert eine weitsichtige europäische Verkehrspolitik.

Zudem ist darauf zu achten, dass die ÖPNV Verbindungen zwischen Stadt und Land gut verzahnt sind. Der ÖPNV muss für alle BürgerInnen bezahlbar sein. Die Einführung eines flächendeckenden Sozialtickets ist dabei ein Ansatzpunkt, um auch einkommensschwachen BürgerInnen die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben zu ermöglichen.

Ansatzpunkt

Die Unterstützung nachhaltiger kommunaler Mobilitätsstrategien sowie Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung, -verlagerung sowie Effizienzsteigerung. Gerade das Mobilitätsmanagement, das auf eine Veränderung des Modal Split zugunsten des nichtmotorisierten Verkehrs zielt, kann dabei eine Lösung sein.

Als Vorbild für eine nachhaltige Entwicklung im Bereich Mobilität kann hier der Freiburger Stadtteil Vauban genannt werden, in dem der motorisierte Individualverkehr so gut wie keine Rolle spielt.

Kommunale Sozialpolitik

Armut, Arbeitslosigkeit, neue Familienstrukturen oder Wohnungsnot: Kommunale Sozialpolitik ist in vielen Lebensbereichen gefragt. Sozialverwaltung und Sozialpolitik müssen flexibel sein, um schnell und problemorientiert die Bürgerinnen und Bürger zu beraten und bei Bedarf zu helfen. Sozialpolitik und Sozialverwaltung müssen Jahr für Jahr flexibel auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren. In den letzten zehn Jahren sind bei sinkenden Einnahmen immer mehr Aufgaben der sozialen Sicherung auf die Kommunen übertragen worden:

- Das geänderte Kinder- und Jugendhilfegesetz hatte zur Folge, dass sich seit Inkrafttreten die Ausgaben verdoppelt haben.
- Das Pflegeversicherungsgesetz veränderte die Aufgaben der ambulanten und stationären Altenhilfe. Dazu kommt, dass vor allem in den ostdeutschen Kommunen die Zahl hilfebedürftiger Alter rasch zunimmt.
- Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit sind immer mehr Menschen neben dem ALG II auf Wohngeld und soziale Unterstützung angewiesen. Die Kommunen haben kommunale Arbeitsvermittlungen aufgebaut und sind an den ARGen beteiligt. Die durch die Hartz-Reformen erhoffte Verringerung der Kosten für die Verwaltung von Arbeitslosigkeit ist bisher nicht eingetreten.
- Das Grundsicherungsgesetz gegen Altersarmut ist personell, zum Teil finanziell und organisatorisch von den Kommunen zu bewältigen.

Diesen steigenden Kosten stand kein angemessener Finanzausgleich zur Seite.

Die Landkreise und die kreisfreien Städte sind von dieser Entwicklung direkt betroffen, weil sie örtlicher Träger der Sozialhilfe und örtlicher Träger der Kinder- und Jugendhilfe sind. Damit zeichnen sie nicht nur für die Erbringung der Leistungen, sondern auch für deren Finanzierung verantwortlich. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sind über die Kreisumlage zwar nur mittelbar, aber doch wesentlich an den Aufgaben und deren Finanzierung beteiligt.

Der kommunalen Sozialpolitik ist deshalb in den letzten 20 Jahren aus doppelter Sicht eine zunehmende Bedeutung im Vergleich mit anderen kommunalen Politikfeldern erwachsen. Dieser Bedeutungszuwachs wird jedoch nicht als positive Entwicklung, sondern als „Dauerkrise“ bewertet. Trotz stark steigender Ausgaben kann die kommunale Sozialpolitik dem eigenen gesellschaftspolitischen Anspruch ihrer Akteure oft nicht gerecht werden. Vielmehr sehen sich diese angesichts wachsender Sozialausgaben in die Defensive gedrängt.

Die kommunale Sozialpolitik mit ihren hohen Ausgaben gilt darüber hinaus als Bremsklotz auf dem Weg in eine positive kommunale Zukunft, weil sie diejenigen Ressourcen bindet, die die Kommunen für Investitionen in harte und weiche Standortfaktoren im internationalisierten Wettbewerb zwischen Standorten brauchen. In der Praxis bedeutet dies: Wer hohe Summen für Pflichtleistungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Sozialhilfe aufbringen muss, dem fehlt das notwendige Geld für die Schaffung von Gewerbe- und Baugebieten, die Ansiedlung neuer Unternehmen und den Erhalt von Schulen, Bädern, Museen und Theatern, etc. Schon lange fordern die sächsischen Städte, Gemeinden sowie Landkreise deshalb eine grundlegende kommunale Finanzreform.

Dieses Dilemma kommunaler Politik erscheint, zumindest auf den ersten Blick, umso schwerer lösbar, als die gesellschaftlichen und gesetzlichen Ursachen für die Kostenexplosion weitgehend nicht durch kommunalpolitische Entscheidungen beeinflusst werden können. Das KJHG sowie das BSHG lassen den Landkreisen nur einen begrenzten Gestaltungsraum in der Ausgestaltung von individuellen Leistungen, auf die die Leistungsempfänger häufig einen Rechtsanspruch haben.

Das Problem ist aber nicht nur die zunehmend weiter auseinander gehende Schere zwischen kommunalen Pflichtaufgaben und den dafür zur Verfügung stehenden Mitteln. Die positiven Anreize einer anspruchsvollen Sozialpolitik werden dagegen unterschätzt oder ganz unter den Tisch gekehrt. Einige Politiker sehen Ausgaben für Sozialpolitik als reine Konsumausgaben, die nur Mittel für andere Aufgaben binden, die vor allem die Wirtschaftskraft der Kommunen stärken würden. Diese Zeitgenossen treten daher für eine Kürzung der Sozialausgaben ein. Sie übersehen dabei, dass Sozialpolitik selbst die Attraktivität des Standortes steigert:

- Soziale Absicherung ermöglicht es den Erwerbstätigen Risiken einzugehen, die zum Beispiel mit einer Existenzgründung verbunden sind.
- Sie stärkt Selbstvertrauen und Motivation sozial Schwacher und hilft damit auch Arbeitslosen sich ehrenamtlich zu engagieren und an demokratischen Entscheidungen teilzunehmen.
- Sozialpolitik ermöglicht es auch Jugendlichen aus Problemfamilien, den Weg in eine normale Existenz, zu Bildung und Beruf, ihren Fähigkeiten entsprechend, zu ebnen.
- Eine Sozialpolitik, die es allen Bürgern erlaubt, ein menschenwürdiges Leben zu führen, hilft auch, kostspielige soziale Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Sozialpolitik ist teuer, aber die Folgen unterlassener Sozialpolitik kosten erheblich mehr, von den nicht bezahlbaren Schäden für die Entwicklung der Bürger ganz zu schweigen. Deshalb ist die Gegenüberstellung von Sozialausgaben und Investitionsausgaben unsinnig: Beides sind Ausgaben für die künftige Sicherung der Lebensqualität und der wirtschaftlichen Entwicklung in den Kommunen.

Was kann getan werden, um Sozialpolitik in den Kommunen trotz knapper Kassen zu verbessern?

1. **Die Qualifikation** vor allem **der Mitarbeiter**, die direkt mit Hilfebedürftigen zu tun haben, **muss verbessert werden**. Darüber hinaus muss ihre Arbeitsbelastung so verringert werden, dass sie in der Lage sind, angemessen auf die Sorgen und Nöte der Menschen, um die sie sich kümmern müssen, einzugehen. Es ist zum Beispiel schlicht ein Skandal, dass in den ARGEn zum Teil völlig ungenügend ausgebildete und befristet eingestellte Mitarbeiter zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen eingesetzt werden. Vermutlich sind allein die Gerichtskosten als Folge der Entscheidungen überforderter Mitarbeiter höher als die eingesparten Kosten für angemessene Ausbildung, mehr Personal und eine sichere berufliche Perspektive.

2. **Der Stress und die Überlastung in der Arbeit entladen sich oft in der Familie.** Vor allem Kinder und unterstützungsbedürftige Angehörige haben darunter zu leiden. Am Ende führt das, was die Arbeitgeber an Arbeitskosten sparen, zu erhöhten Sozialausgaben. Wenigstens die Kommunen als Arbeitgeber sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen und für angemessene Qualifikation ihrer Mitarbeiter und eine dem Arbeitsumfang angemessene Personalausstattung achten. Unbezahlte Überstunden (in Deutschland sind inzwischen 6 bis 8 unbezahlte Überstunden je Woche „normal“, teilweise sind es auch 20 und mehr) müssen konsequent bekämpft werden, wie auch bezahlte Überstunden.
3. **Die Sozialpolitik muss stärker Anreize setzen**, um die Bürger zu motivieren, einen Beitrag **zur Lösung von Problemen** zu leisten, die auch vor den Kommunen stehen. Gegenwärtig erhalten bedürftige Bürger von den Kommunen die Kosten für Heizung und warmes Wasser erstattet. Brauchen sie weniger Heizenergie haben sie davon nichts. Es wäre weit sinnvoller, den Hilfebedürftigen die maximal möglichen Heizkosten aus-zuzahlen und ihnen die Einsparungen zu belassen. Sie könnten damit durch Energieeinsparung einen kleinen Beitrag zur Verbesserung ihres Lebensniveaus leisten. Davon kommt ein großer Teil regionalen Unternehmen zugute und stärkt so die regionale Wirtschaft. Für Kinder aus sozial schwachen Familien sollte ein Leistungsstipendium eingeführt werden. Wenn in der Schule oder in Studium bzw. Berufsausbildung gute und sehr gute Leistungen erreicht werden, könnte z.B. das Kindergeld verdoppelt werden und zwar ohne dass dies auf das ALG angerechnet wird. Das überfordert die meisten Kommunen, aber zumindest wohlhabende Kommunen könnten versuchen, erste Schritte in diese Richtung zu gehen. Umgekehrt sollten aber auch Bürger, die von sozialen Transferleistungen abhängen, für von ihnen verursachte Kosten mit herangezogen werden: Wer sich zum Beispiel so betrinkt, dass er notärztliche Versorgung braucht, muss dafür zahlen. Die weitgehende Entkopplung von sozialen Leistungen und der Motivierung der hilfsbedürftigen Bürger, durch eigenes Handeln ihre Lebenslage zu verbessern und damit zumindest weniger Hilfe zu benötigen, muss überwunden werden.
4. **Vor allem fakultative Sozialaufgaben können an freie Träger und vor allem an gemeinnützige Vereine**, die sich auf ehrenamtliche Arbeit stützen, **übertragen** werden. Vor allem gemeinnützige, nicht gewinnorientierte Träger können Betreuungsleistungen erbringen, zu denen kommunale und gewinnorientiert arbeitende Unternehmen nicht in der Lage sind, weil sie sich zu Lasten der finanziellen Effizienz besseres Eingehen auf die hilfebedürftigen Menschen und ausgedehnte soziale Kontakte leisten können. Dabei gehen Hilfe und Selbsthilfe oft ineinander über, zum Beispiel wenn Arbeitslose ehrenamtlich an der Betreuung mitarbeiten oder sozial gefährdete Jugendliche sich zum Beispiel in Vereinen engagieren, die sich um Kindersport kümmern. Die Tätigkeit dieser gemeinnützigen Träger kann auch helfen, Kosten für Sozialarbeit zu vermeiden, zum Beispiel wenn sie älteren Menschen, die sich nicht mehr uneingeschränkt bewegen können und die von Vereinsamung bedroht sind, im Alltag unterstützen und ihnen helfen, soziale Kontakte zu erhalten und neu aufzubauen. Damit können sie länger in der vertrauten Wohnumgebung leben und eine Pflegebedürftigkeit wird aufgeschoben. Das verbessert die Lebensqualität der älteren Bürger, auch wenn sie beginnen gebrechlich zu werden

und entlastet die Sozialkassen. Allerdings kaum die Kasse der Kommunen, sondern vor allem die der Pflegekassen. Das ist wieder einer der vielen effiziente Sozialarbeit be- und verhindernden Fälle, in denen Kosten und Nutzen bei unterschiedlichen Institutionen anfallen. Warum sollen Kommunen sich kräftig dafür engagieren, den Pflegekassen zu helfen, Kosten zu sparen?

5. Mitmachen ist immer besser als sich betreuen lassen, deshalb leisten auch die Vereine einen Beitrag zur Sozialpolitik, die Hilfebedürftige in ihre ehrenamtliche Arbeit integrieren, auch wenn sie nicht unmittelbar Hilfebedürftige betreuen.
6. Die Kommunen können diese gemeinnützigen Vereine am Besten unterstützen, in dem sie dort den Schwerpunkt ihrer Beschäftigungspolitik setzen: finanzielle Unterstützung, um die Sachkosten und eventuelle Eigenbeiträge für von der Bundesagentur für Arbeit oder wie beim kommunalen Kombilohn vom Bundesverwaltungsamt geförderte Arbeitskräfte aufzubringen, sind einer der besten Wege qualitativ hochwertige Sozialarbeit zu unterstützen und zugleich Hilfebedürftigen den Weg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
7. Durch ihre Bürgernähe verfügen gemeinnützige Träger über Kenntnisse und Erfahrungen, die den Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen nicht zur Verfügung stehen, obwohl sie sie dringend brauchten, zum Beispiel zur Prävention und zur Verhinderung schwerer Probleme, zum Beispiel als Folge der Vernachlässigung von Kindern durch ihre Eltern. Zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltung und gemeinnützigen Vereinen hat es sich bewährt, wenn Mitarbeiter der Verwaltung zur Qualifizierung von Zeit zu Zeit einige Monate in den Vereinen mitarbeiten und in dieser Zeit dafür Mitarbeiter der Vereine in der Verwaltung eine Art Praktikum absolvieren. Günstig ist es auch, wenn die Verwaltung bei Neueinstellungen bevorzugt auf in gemeinnützigen Vereinen Engagierte zurückgreift.
8. Im Zuge der Reform der **kommunalen Sozialarbeit** setzen die Kommunen zunehmend darauf, alle Formen so **zusammenzuführen**, dass jeder Bedürftige in der Verwaltung eine feste Bezugsperson hat, an die er sich bei allen Fragen sozialer Unterstützung wenden kann. Das hilft den Betroffenen mit dem oft aufwändigen, komplizierten und manchmal auch entwürdigenden bürokratischen Prozedere fertig zu werden, hilft Doppelarbeit in der Verwaltung zu vermeiden und fördert Vertrauen und bessere Kenntnis der Hilfebedürftigen. Das sind wichtige Voraussetzungen, entstehende Problemzuspicungen rechtzeitig zu erkennen und damit zu vermeiden und Eigenaktivität anzuregen, um die Hilfebedürftigkeit wenigstens zu vermindern. Auch die Möglichkeiten, Bedürftige auch bei persönlichen Problemen vertrauensvoll und qualifiziert zu beraten, werden durch so eine Bündlung aller Formen sozialer Unterstützung verbessert.

Ein großer Teil des Bedarfes an sozialer Hilfe wird in anderen Bereichen der Gesellschaft erzeugt, die aber nicht unmittelbar für die Kosten aufkommen. Der Druck zur Einsparung von Personalkosten hat inzwischen so zu Überforderung der Beschäftigten und zur Reduzierung des Services geführt, dass damit für die Gesellschaft weit höhere Kosten zur Kompensation der

dadurch ausgelösten sozialen Probleme entstehen, als den Unternehmen an Nutzen entsteht, den sie teilweise durch Steuern und niedrige Preise an die Gesellschaft zurück geben. Dieses Grundproblem zu lösen, überfordert die Kommunen, sie können aber dazu einen kleinen Beitrag leisten.

Kommunale Wirtschaftspolitik

Unternehmensinvestitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Erzielen von Steuereinnahmen sind Kernpunkte der Diskussion um eine erfolgreiche kommunale Wirtschaftspolitik. Die Bedeutung der Unternehmen für die Städte geht aber weit über ihren Beitrag zu den kommunalen Einnahmen hinaus. Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen und Unternehmern, das Wissen der Unternehmer und Arbeitnehmer, Netzwerke zwischen Unternehmen sowie zwischen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen entscheiden wesentlich über die Innovationsfähigkeit von Städten und damit über den Erfolg kommunaler Wirtschaftspolitik mit.

Wirtschaftsförderung geht aber über die Förderung von am Markt aktiven Unternehmen hinaus. Auch gemeinnützige Vereine schaffen Arbeitsplätze und tragen erheblich zur Lebensqualität in den Kommunen bei. Insgesamt arbeiten in Deutschland mehr Menschen in nicht am Markt aktiven Organisationen und Einrichtungen als im gesamten öffentlichen Dienst. Dazu kommen Eigenarbeit und gegenseitige Hilfe, die ebenfalls erhebliche Werte schaffen. Auch wenn durch diese marktfernen Arbeiten die Kommunen keine Geldeinnahmen erzielen, ist es nicht berechtigt, diese Aktivitäten zu vernachlässigen. Sie tragen ebenso zur Lebensqualität bei wie am Markt aktive Unternehmen und verdienen daher die gleiche Aufmerksamkeit. Weder Arbeitsplätze noch Wirtschaftswachstum sind Selbstzweck, sondern müssen an ihrem Beitrag für die Lebensqualität in der Kommune gemessen werden. Sozial ist, was die Bürger glücklich macht!

Die in der Kommune aktiven Unternehmen tragen zur Erreichung dieses Zieles bei, aber nicht automatisch und auch nicht immer. Schlecht bezahlte Arbeitsplätze unter Bedingungen, die der Gesundheit schaden (Lärm, Streß, einseitige Belastungen u.ä.) können unter Umständen der Lebensqualität mehr schaden als sie zu steigern. Ähnliches gilt, wenn durch gewerbliche Aktivitäten die Umwelt so schwer zerstört wird, dass der wirtschaftliche Ertrag geringer ist als die Kosten für die Beseitigung der Schäden. Die Förderung solcher Unternehmen schadet den Kommunen mehr als sie nützen.

Um die am Markt aktiven Unternehmen und Freiberufler zum Wohle der Lebensqualität zu stärken, stehen den Kommunen vor allem folgende Strategien zur Verfügung:

• Ansiedlung von Unternehmen

Gewerbliche und industrielle Standortmuster haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verfestigt. Veränderungen haben sich vor allem im Zuge der deutschen Vereinigung in der ersten Hälfte der 90er Jahre vollzogen. Darüber hinaus fanden nur in wenigen Fällen bedeutende Verlagerungen innerhalb Deutschlands statt. Darüber können auch schlagzeilenträchtige Neuansiedlungen von Unternehmen und Unternehmensteilen nicht hinwegtäuschen. Bei vielen Ansiedlungen von großen Unternehmen in Sachsen handelt es sich nur um Filialen. Arbeitsintensive Bereiche, wie Forschung und Entwicklung, Management/Verwaltung oder Marketing sind vielfach in den alten Ländern geblieben. Es ist schon ein Unterschied für das Beschäftigungspotenzial, ob BMW in Leipzig nur Autos montiert oder ob in München neue Autos entwickelt werden. Für viele mit BMW zusammenarbeitenden Dienstleister und innovative Zulieferer ist es attraktiver, sich in der Nähe von Forschung und Entwicklung und des Managements anzusiedeln als in der Nähe von Montagebetrieben. Oft entartet daher der Kampf um Neuansiedlungen in eine Schlacht um direkte und indirekte Förderung: Wer bietet das meiste Geld und die unternehmensfreundlichsten Bedingungen? Letzteres geht in Sachsen nicht selten zu

Lasten der Bürger und der Natur. Ein Beispiel ist die Ansiedlung des DHL-Kreuzes am Flughafen Leipzig-Halle. DHL wurde neben üppigen Fördermitteln mit Zugeständnissen beim Nachtflug und bei Start- und Landeerlaubnis für sehr lärmintensive Flugzeuge gewonnen, die so in vielen wirtschaftlich stärkeren Regionen der EU nicht mehr durchsetzbar sind, jedenfalls nicht so nahe an großen Kommunen. Diese Art Wirtschaftsförderung verprellt zugleich anspruchsvollere Unternehmen, deren führendes Personal ja ebenfalls unter den negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität zu leiden hat. Jede Entscheidung für einen Investor hat Auswirkungen auf andere. Sie kann die Kommune für weitere Investoren attraktiver machen, aber auch zur Meidung dieses Standortes führen. Zu einer verantwortungsvollen Wirtschaftsförderung gehört es auch, die Auswirkungen einer Neuansiedlung auf andere Unternehmen und potentielle Investoren umfassend zu betrachten und gegebenenfalls einen Investor abzuweisen.

• Bestandspflege

Da von Ausnahmen abgesehen auch mittelfristig nicht damit zu rechnen ist, dass es durch massive Neuansiedlungen beschäftigungsintensiver und reichlich Steuern zahlender Unternehmen oder Unternehmensteile zu einer deutlichen Verbesserung der Wirtschaftskraft sächsischer Kommunen kommt, hat die Pflege der vorhandenen Unternehmen sehr große Bedeutung. Das betrifft vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen und Freiberufler. Wichtig ist es, den regionalen Unternehmen zu helfen, miteinander zu kooperieren. Entsprechende Aktivitäten sind unter dem Schlagwort „Clusterstrategie“ bekannt geworden. Wichtig ist dabei aber, dass nicht einfach Moderichtungen aufgegriffen und der Region aufgestülpt werden. Wichtig ist es zunächst herauszufinden, auf welchen Gebieten die Region besondere Wachstumschancen hat und ob es dazu ein Potential an Unternehmen gibt. Wirtschaftsförderung hat viel mit Biogartenarbeit zu tun: Sorgfältig beobachten, was im Garten besonders gut wächst und dies fördern bringt die besten Erträge. Wer dagegen auf gerade modische Exoten setzt, die im Süden gute Erträge bringen, kann sich vielleicht über eine Pressemitteilung freuen, große Erträge wird er aber trotz hohem Arbeitsaufwand nicht haben. Entscheidend für ihre Chancen ist es, wie schnell neue Entwicklungen in Wissenschaft und Technologie von ihnen aufgegriffen und genutzt werden. Die enge Zusammenarbeit von Unternehmen mit regionalen Forschungseinrichtungen entscheidet langfristig über die regionale Wirtschaftsentwicklung. Kleinere Unternehmen sind dabei meist überfordert. Hier liegt daher ein wichtiges Handlungsfeld kommunaler Wirtschaftspolitik. Die Kommunen müssen zum Beispiel darauf drängen, dass Probleme auch der kleineren Unternehmen zu Forschungsthemen werden, z.B. als Themen von Diplomarbeiten und dass stärker Studenten Praktika in kleinen Unternehmen durchführen können. Dabei ist es oft sinnvoll, wenn die kleinen Unternehmen bei der Betreuung extern unterstützt werden oder der Praktikant in mehreren Kleinunternehmen aktiv wird. Interessant ist es für kleinere Unternehmen, ausländische Studenten in den Aufbau von Geschäftsbeziehungen zu ihren Heimatländern einzubeziehen.

Zur Bestandspflege gehört es auch, kommunale Ausschreibungen so zu gestalten, dass vom Aufwand her auch Kleinbetriebe mit Aussicht auf Erfolg teilnehmen können. Nicht selten beteiligen sie sich gar nicht, weil es ihnen an Insiderwissen über die Präferenzen der ausschreibenden Kommune fehlt, über das größere Konkurrenten in der Regel verfügen und weil für sie das Verhältnis von Aufwand beim Mitbieten und der Chance, den Zuschlag zu bekommen, so ungünstig ist, dass sie kein Angebot abgeben. Damit werden aber deren Entwicklungschancen erheblich beschnitten.

Die kommunalen Wirtschaftsämter müssen noch stärker zu Serviceagenturen werden, die den Unternehmen helfen, die Hürden der Bürokratie schnell zu nehmen. Hilfe und Beratung

brauchen vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen auch bei der Akquisition von Fördermitteln.

• Förderung von Existenzgründungen

Hier liegen noch große Potentiale, auch und gerade für gut qualifizierte Arbeitslose. Auch wenn die meisten dieser Gründer keine großen Wachstumspotenziale haben, können sie doch vielen Menschen helfen, sich eine neue Perspektive aufzubauen. Erfolg versprechend sind vor allem sich abzeichnende neue technische Entwicklungen, sofern dazu kein großer Kapitalaufwand nötig ist. Das betrifft im Moment vor allem Technologieberatung zur Einsparung von Energie und zur Nutzung regenerativer Energie. Ein erfolgsversprechendes Feld ist auch Unterstützung beim Marketing. Auch im Bereich sozialer Dienstleistungen gibt es Erfolg versprechende Geschäftsfelder.

Ein Hindernis, vor allem für bisher Arbeitslose mit ALG II, ist die Kapitalknappheit. ALG II-Empfänger haben keinerlei Chance, Rücklagen für eine Gründung zu bilden oder wenigstens größere Ersparnisse zu erhalten. Ohne Sicherheiten erhalten sie auch keine Bankkredite. Wer mehr Gründungen will, muss hier ansetzen. Bewährt hat es sich auch, Gründer längere Zeit, wenigstens ein bis zwei Jahre, kostenlos zu beraten und zu betreuen und ihnen eine arbeitsbegleitende Fortbildung anzubieten. Das ist erheblich besser als die üblichen kurzen Gründerkurse. Schließlich brauchen Gründer Aufträge und hier müssen die Kommunen stärker Präferenzen zu Gunsten von innovativen Gründern in Erfolg versprechenden Branchen setzen.

• Verbesserung der Standortfaktoren

Bei Infrastruktur denken die meisten Kommunalverwaltungen oft sehr einseitig an Straßen. Dass dies in die Irre führt, zeigt ein Blick auf die Arbeitslosenstatistik in Sachsen. Von den drei Zentren um die Großstädte hat Leipzig die beste Anbindung an das Verkehrsnetz, aber dennoch die mit Abstand höchste Arbeitslosenquote. Chemnitz ist dagegen relativ schlecht an das Verkehrsnetz angebunden, hat aber deutlich weniger Arbeitslose als Leipzig. Entscheidend ist hier das Potenzial an unternehmensnaher Forschung und Know-How. Sehr wichtig ist auch das Lebensniveau in der Region: Kultur und zwar vor allem die Kleinkultur und der Freizeitsport erhöhen die Lebensqualität. Ist etwas los in der Kommune oder in der Nachbarschaft? Dazu gehört mehr als repräsentative Hochkultur und bei aller Bedeutung der Tourismuswirtschaft, entscheidend für die Stärkung des Standortes sind die Menschen, die hier leben und arbeiten. Auch Unternehmer und Manager leben in der Regel in der Nähe ihrer Unternehmen und bei Entscheidungen über Neuansiedlungen oder Verlagerungen spielt die Lebensqualität in der Nähe der Unternehmen eine wichtige Rolle. Das gilt auch für das Potenzial an gut ausgebildeten Arbeitskräften. Bildung gehört zu den wichtigsten Aktivitäten, eine Kommune für Investoren attraktiv zu machen.

Bei der Wirtschaftsförderung sind nahezu alle Verwaltungsbereiche gefordert. Vom reibungslosen Zusammenwirken der einzelnen Verwaltungsbereiche hängt viel davon ab, wie attraktiv die Kommune für Unternehmen ist und wie sich gemeinnützige Vereine, die ebenfalls viel Möglichkeiten zu sinnvoller Tätigkeit bieten, entwickeln können. Besonders hervorzuheben sind dabei folgende Handlungsfelder:

- Ortssatzungen
- Hebesätze
- Entgelte
- Infrastruktur

- Liegenschaften
- Bauleitplanung
- Finanzhilfen
- Werbung
- Innovationsförderung
- Kommunale Beschäftigungspolitik

Aus Platzgründen soll kurz nur auf die Beschäftigungspolitik eingegangen werden. Diese wird oft nur einseitig unter dem Aspekt betrachtet, zu verhindern, dass Arbeitslose ganz abrutschen und wenig attraktive Arbeiten ausführen zu lassen, die keine kommunale Pflichtaufgabe sind, aber dennoch erheblich zu Ordnung und Sauberkeit im Ort beitragen. So betriebene Beschäftigungspolitik hilft den geförderten Arbeitslosen in der Regel kaum, wieder auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen oder sich gemeinnützig zu engagieren. Beschäftigungspolitik kann aber auch ganz anders betrieben werden. Gefördert werden sollten Träger, die:

- die geförderten Arbeitslosen fundiert weiterbilden
- ihnen Aufträge geben, die zur Persönlichkeitsentwicklung beitragen und helfen, neue Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben
- die Fähigkeit stärken, selbständig zu arbeiten
- das Selbstvertrauen stärken und Erfolgserlebnisse und soziales Ansehen vermitteln
- helfen, soziale Kontakte aufzubauen

Kommunale Wirtschaftspolitik spielt eine wichtige Rolle als Gestaltungsinstrument für attraktive lokale und regionale Rahmenbedingungen für innovative Unternehmen. Sie kann wesentlich dazu beitragen, lokale und regionale innovative Milieus zu identifizieren und zu unterstützen. Auf diese Weise können lokale und regionale Besonderheiten herausgearbeitet werden, die beim Wettbewerb um Unternehmensansiedlungen - in einer ähnlicher werdenden Standortkulisse - zunehmend wichtiger für die Standortentscheidung werden und zudem das lokale und regionale Bewusstsein fördern.

Viele Aufgaben werden von der lokalen Wirtschaftsförderung künftig nicht mehr allein gelöst werden können. Kommunen werden in stärkerem Maß auch in der Wirtschaftsförderung miteinander kooperieren müssen, wenn sie sich im internationalen Wettbewerb um Arbeitsplätze und Investitionen behaupten und die zunehmend arbeitsintensivere Betreuung des wirtschaftlichen Bestands gewährleisten, wenn nicht sogar verbessern wollen. Die Konkurrenz von Kommunen in einer Region um Investoren, Versuche, um jeden Preis und zu Lasten der Lebensqualität der Bürger Investoren zu gewinnen, führen nur dazu, dass die Attraktivität der Region für Investoren sinkt und am Ende alle verlieren.

Kommunale Familien- und Kinderpolitik

Kommunale Familienpolitik hat zum Ziel, in Gemeinden, Städten, einzelnen Stadtbezirken und Wohngebieten eine Infrastruktur zu schaffen und zu unterstützen, die Familien bei der Erfüllung ihrer familienbezogenen Aufgaben stärkt (zur Definition von kommunaler Familienpolitik vgl. auch BMFSFJ 1996, S. 25).

Der Schwerpunkt kommunaler Familienpolitik liegt vor allem bei nichtmonetären Leistungen durch Realtransfers und die Schaffung und Erhaltung eines förderlichen Lebensumfelds für Familien. Gemeinden und Städte bauen dazu in Ortsteilen, Stadtbezirken und Wohngebieten eine familienfreundliche Infrastruktur aus und tragen dazu bei, die Lebensbedingungen von Familien zu verbessern.

Die Herausforderungen an familienfreundliche Kommunalpolitik haben sich dabei in den letzten Jahren gravierend gewandelt.

Die wichtigsten Bereiche kommunaler Familienpolitik sind:

- Bauen und Wohnen (z.B. Baulandvergabe, Mehr-Generationen-Wohnen, Bau- und Wohnungsplanung),
- Erziehung und Betreuung von Kindern (z.B. Kindergarten, Hort, Hausaufgabenbetreuung, Schülermittagstisch),
- Spielen und Freizeit (z.B. Spielplätze, Gestaltung von Plätzen, Ferienprogramm),
- Verkehrswesen (z.B. Schulwegeplan, Verkehrsberuhigung, Kinderstadtplan, Spielstraßen),
- Familienberatung und Familienbildung (z.B. Informationsbroschüren, Volkshochschulen, Elternbriefe, Kurse, Seminare),
- wirtschaftliche/finanzielle Angebote für Familien (z.B. Familienpass, Hilfe in Notfällen, familiengerechte Staffeln von Gebühren),
- Verwaltung und Politik (z.B. Spielecke im Rathaus, Familienförderplan für Verwaltungsangehörige),
- familienunterstützende Betreuungsangebote für Seniorinnen und Senioren und pflegebedürftige Personen und ihre Angehörigen (z.B. betreutes Wohnen, ambulante Dienste, Begegnungsstätten),
- Bildung und Kultur (z.B. Kinder- und Jugendbibliothek, Musikschule, Kinderkulturfest) sowie
- Treffpunkte für Familien (z.B. Familienzentrum, Familiencafé, Spielgruppe).

Vielfältigkeit kommunaler Familienpolitik

Kommunale Familienpolitik ist vielfältig und von einer Kommune zur anderen unterschiedlich gestaltet. Ihre Schwerpunkte hängen von der Zielsetzung in der jeweiligen Gemeinde, von dem Engagement der in der Familienpolitik involvierten Personen und Verbände und dem Zusammenspiel zwischen Ehrenamtlichen, kommunaler Verwaltung und politischen

Entscheidungsträgern ab. Familienpolitik, die versucht, über einzelne Maßnahmen hinausgehend umfassend, ganzheitlich und übergreifend die Belange von Familien in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen, beruht oftmals auf einem Grundlagenbeschluss der politischen Entscheidungsträger, dass die Gemeinde oder Stadt Familien- und Kinderfreundlichkeit besonders fördern möchte.

Beteiligung von Familien

Kommunale Familienpolitik wird nicht nur durch den Bürgermeister, Gemeinderat und die kommunale Verwaltung gestaltet und ausgeführt, sondern auch durch Verbände, Kirchen, Initiativen, Vereinigungen und einzelne Personen, die sich in der Kommune für Familien engagieren. Auch deren Entscheidungen und Angebote wirken sich unmittelbar auf das Lebensumfeld der Familien in den Gemeinden und Städten aus. Bei der Aufgabe, die Selbsthilfe der Familien zu stärken, sind insbesondere die freien Träger der Familienselbsthilfe engagiert. Durch zunehmende Partizipationsprozesse, wie sie z.B. auch in der lokalen Agenda 21 zum Ausdruck kommen, setzt sich in den Verwaltungen und in der Politik die Erkenntnis durch, diese Kräfte einzubinden.

Kinder- und Familienfreundlichkeit auf kommunaler Ebene bedeutet vor allem, dass Familien an der Gestaltung von Familienpolitik beteiligt sind und Einfluss darauf haben, den Begriff „Familienfreundlichkeit“ für ihre Kommune zu konkretisieren. Dabei werden sie als Expertinnen und Experten zu kinder- und familienpolitischen Themen und Planungen einbezogen. Sie haben die umfassendste Erfahrung damit, wie sich das Leben als Familie in einer Gemeinde oder Stadt gestaltet. Kommunale Planungen sollten sich nach ihren Bedürfnissen richten. Es bietet sich an, zunächst den Status Quo von familienpolitischen Maßnahmen und Angeboten zu ermitteln, um darauf aufbauend Mängel festzustellen und Ziele für die Zukunft zu bestimmen. Diese können beispielsweise in einem familienfreundlichen Leitbild oder in einem Familienbericht festgelegt werden. Familien prüfen dabei die an sie gerichteten Angebote. Vielfach werden diese Angebote in der bisherigen Form nicht mehr oder nur noch mangels Alternativen nachgefragt. Ein Beispiel hierfür sind Regelkindergärten mit Vor- und Nachmittagsöffnungszeiten, wobei die Mittagspause zu Hause verbracht werden muss.

Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Kommune kann:

- den Kontakt zwischen Familien fördern
- die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Bürgermeister, Gemeinderat und Bürgerinnen und Bürgern stärken
- den Anstieg der Jugendhilfe- und Sozialhilfekosten bremsen,
- ein besseres Klima für Kinder und Jugendliche schaffen und damit negativen Konsequenzen (z.B. Sucht, Vandalismus, subjektive Bedrohung der Sicherheit etc.) vorbeugen
- in besonderer Weise präventiv wirken und einen Beitrag dazu leisten, zu verhindern, dass Familien in eine Notlage geraten,
- alternative Angebote für Kinder und Familien schaffen
- bürgerschaftliches Engagement aktivieren

- als Standortvorteil bei der Ansiedlung von Unternehmen wahrgenommen werden
- als Infrastrukturvorteil bei der Wohnungssuche von Familien bewertet werden
- zu einem familienfreundlichen Image für die Kommune führen sowie
- die Identifikation mit der Gemeinde fördern und dazu beitragen, dass sich Familien in der Gemeinde wohlfühlen

Gemeinden und Städte können nicht alle Faktoren beeinflussen, die das Leben und die Situation der Familien bestimmen. Bei vielen Regelungen stoßen sie an finanzielle Grenzen oder unterliegen gesetzlichen Bestimmungen. Dennoch können Gemeinden und Städte auf viele Rahmenbedingungen, die unmittelbar die Situation der Familien in der Kommune beeinflussen und von den Kommunen als nicht von ihnen regelbar wahrgenommen werden (z.B. öffentlicher Nahverkehr, Arbeits- oder freier Wohnungsmarkt), zumindest mittelbar einwirken.

Familienfreundlichkeit auf kommunaler Ebene bedeutet vor allem, Familien an Planungen und Entscheidungen zu beteiligen und ihnen Kontaktmöglichkeiten anzubieten. Beide Angebote sollten dauerhaft zur Verfügung stehen.

Familienbericht, Familienförderplan und Familienfreundlichkeitsprüfung

Angesichts der vielfältigen Anforderungen an die kommunale Familienpolitik ist die Schaffung einer fachlich fundierten Basis eine grundlegende Voraussetzung rationalen Vorgehens. Mit der regelmäßigen Erstellung eines kommunalen Familienberichtes wird nicht nur diese fachliche Basis geschaffen, gleichzeitig dient er auch selbst als Instrument zur Koordination der Handlungsfelder sowie zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Belange der Familien. Aus der Gegenüberstellung von Bedarf und Angebot ergeben sich Hinweise auf Erfolge wie auch Defizite und weiteren Handlungsbedarf. Letzterer sollte allerdings im Familienbericht nur kurz angerissen werden.

Die Maßnahmenplanung ist vielmehr zentraler Gegenstand des Familienförderplans, der örtlich Prioritäten setzt, Maßnahmen konkretisiert und insbesondere die Aktivitäten mit den freien Trägern abstimmt. Wegen seines engen Handlungsbezugs entsteht der Familienförderplan typischerweise aus einer Verwaltungsvorlage, was ihm eine besondere Brisanz verleiht: Er ist einerseits ein ‚Expertenpapier‘, das ohne fachliche Begleitung in der Öffentlichkeit leicht missverstanden wird. Er ist andererseits aber zugleich durch den konkreten Handlungsbezug kommunalpolitisch hoch brisant und kann als Maßstab erfolgreichen Regierens herangezogen werden.

Die Familienfreundlichkeitsprüfung stellt gegenüber den ersten beiden Instrumenten eine deutliche Akzentverschiebung dar, da in ihrem Rahmen die kommunale Familienpolitik nicht mehr als spezielles Handlungsfeld der Kommunalpolitik wird, sondern Familienfreundlichkeit als Querschnittsanforderung allen kommunalpolitischen Handelns angesehen wird. Die Idee einer Familienfreundlichkeitsprüfung ist dabei in Analogie zur Umwelt- oder

Sozialverträglichkeitsprüfung entwickelt worden. Sie ist insofern anspruchsvoll, da sämtliche familienrelevante Maßnahmen auf ihre konkreten familienrelevanten Wirkungen geprüft und hinsichtlich anerkannter Maßstäbe beurteilt werden sollen. Trotz dieses hohen Anspruchs ist die Familienfreundlichkeitsprüfung keineswegs utopisch. Ganz im Gegenteil hat etwa der Bundeswettbewerb „Kinder- und familienfreundliche Gemeinde“ eine Vielzahl von Beispielen für diese und andere Verankerungen von Familienpolitik in der Verwaltung (z.B. Familienbüros, -beauftragte und -ausschüsse) öffentlich gemacht.

Politik für Kinder

Während die Unterstützung von Eltern, Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung des Lebens in der Familie vornehmlich eine Aufgabe der Familienpolitik ist, konzentriert sich die Politik für Kinder auf die die Familie umgebenden „Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien“. Es geht um die Wahrnehmung der Kinderinteressen im Wohnungs- und Städtebau, im Verkehrswesen, für eine gesunde Umwelt, gegen einseitige Konsuminteressen, beim Wettstreit um die Zuschauergunst im Markt der Medien und im Hinblick auf die Interessen des Arbeitsmarktes. In einer Gesellschaft, in der die Kinder nicht nur der Zahl nach an den Rand geraten sind, geht es überall um eine „Kultur des Aufwachsens“, die weithin verloren gegangen ist (10. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, 1998)

Folgen der Bevölkerungsentwicklung

Allerdings bewirkt die Bevölkerungsentwicklung ein allmähliches Umdenken - immer sichtbarer wird nämlich, dass der absehbare Rückgang der Kinderzahlen zu schwerwiegenden Verschiebungen im Verhältnis von Jung und Alt führt. Standen 1975 21% Kinder bis 14 Jahren rund 13% alten Menschen ab 65 gegenüber, waren es 1999 bereits 16 % Alte und nur noch ebenso viele, nämlich 16 %, Kinder. In Zukunft wird sich das Verhältnis umkehren. Überall fehlt der Nachwuchs. Der dadurch zunehmende Bedarf an Fachkräften wird in den nächsten Jahren die berufliche Perspektive gut ausgebildeter junger Leute verbessern. Die Konkurrenz um Fachkräfte bietet auch gute Chancen in den Unternehmen familienfreundlichere Arbeitsbedingungen durchzusetzen und die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Kindererziehung zu verbessern. Die durch den demografischen Wandel zu erwartende Entspannung auf dem Arbeitsmarkt hilft den Kommunen auch, die Probleme zu lösen, die sich aus der Zunahme älterer Menschen für die Sicherung der sozialen Leistungen ergeben. Der wachsende Anteil Älterer wird auch das demokratische Engagement beeinflussen. Die Interessen der Älteren werden an Gewicht gewinnen. Hier muß langfristig gegengesteuert werden, damit die Kommunen kinderfreundlich bleiben. Es werden neue Wege gesucht, bei den älteren Menschen Verständnis für die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Die wachsende Zahl gesunder und aktiver Alter bietet aber auch neue Chancen, Familien mit Kindern zu unterstützen. Um diese zu nutzen muß auch die Wirtschaft herangezogen werden. Überzogene Erwartungen an räumliche Flexibilität tragen erheblich dazu bei, dass Ältere ihren Kindern immer weniger helfen können und Unterstützung durch Freunde bei der Erziehung der Kinder geschwächt wird. Zu einer familienfreundlichen Politik gehört auch, den Mobilitäts- und Flexibilitätsdruck von jungen Eltern zu nehmen. Die so stabilisierten Beziehungen zu Verwandten und Freunden

helfen auch den Kommunen und entlasten sie von Erwartungen an die soziale Arbeit, die sie nicht erfüllen können. Wenn allerdings der Anteil von Haushalten mit Kindern in den Großstädten schon heute bei nur noch 14 bis 18 % liegt, wird es immer schwieriger und aufwändiger gegenzusteuern und in einer von Erwachseneninteressen geprägten Gesellschaft auskömmliche Bedingungen des Aufwachsens für Kinder zu sichern.

So steht die Politik für Kinder vor einem Berg von Problemen, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern drängen, ohne dass die Interessen der Kinder in den betroffenen Politikbereichen freilich das entscheidende Motiv des politischen Handelns wären. Wenn Politik für Kinder als erstes dem Recht der Kinder auf Achtung, Entwicklung und Entfaltung verpflichtet ist, muss sie sich in der konkreten politischen Situation einer doppelten Aufgabe stellen:

- sie muss die politischen Kontexte aufgreifen, in denen die positive Gestaltung der Lebensbedingungen von Kindern zukunftsentscheidend ist und sichtbar machen, dass sie ohne Kinder nicht funktionieren - vor allem also kommunale Kinderpolitik entwickeln
- sie muss gleichzeitig dafür sorgen, dass die Kinder bei alledem nicht „gesellschaftliche Verfügungsmasse“ werden, sondern als eigenständige Persönlichkeiten mit ihren je eigenen Lebensbedürfnissen und Entwicklungsnotwendigkeiten zu ihrem Recht kommen
- also grundsätzliche Verbesserungen in der Rechtsstellung von Kindern schaffen

Ansätze für eine kinder- und familienfreundliche Politik

- Mehr Freiräume für Kinder und Jugendliche im öffentlichen Raum. Mehr Spielstraßen und Spielräume und eine grundlegende Verbesserung der Verkehrssicherheit. Kinderspielplätze und Bolzplätze müssen im Wohnumfeld bereit- und offenstehen.
- Ein familienfreundliches Wohnumfeld. Hierzu zählen neben einer kinder- und jugendgerechten Verkehrsplanung auch ausreichend wohnortnahe Kindertagesstätten, Freizeitmöglichkeiten und Einkaufsläden.
- Mehr Mitbestimmung für Familien. Kinder, Eltern und Großeltern wollen und sollen sich in den Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen stärker einbringen.
- Generationenübergreifende Projekte, von denen alle profitieren. Familienzentren können Kinder, Eltern, SeniorInnen sowie Bildungs- und Beratungsangebote vernetzen. Eltern, die sich überfordert fühlen, können dort niedrigschwellige Angebote zur Unterstützung erhalten.
- Ausbau einer zuverlässigen Kinderbetreuung.
- Eine vorbildliche Stadtverwaltung, die auf die besonderen Belange von Familien, vor allem mit kleinen Kindern achtet.
- Als Arbeitgeber muß die Verwaltung und alle Unternehmen, bei denen die Kommune mindestens die Mehrheit der Anteile hält, Vorbild sein. Kinderfreundliche Arbeitszeiten, sehr gute Bedingungen für den Wiedereinstieg nach Elternurlaub, verbesserte Aufstiegschancen für Eltern, Förderung von (vorübergehender) Teilzeitarbeit. Am Besten wäre ein Kündigungsverbot für teilzeitarbeitende Eltern. Es würde auch die Kinderfreundlichkeit verbessern, vor allem auch das Verständnis der Kollegen für Eltern, wenn sich Kommunale

Arbeitgeber auch direkt stärker um die Kinder ihrer Mitarbeiter kümmern, z.B. durch Kinderweihnachtsfeiern, Freizeitangebote und verbesserte Möglichkeiten, in der Verwaltung Praktika abzuleisten und die Arbeit ihrer Eltern kennen zu lernen. Das hilft auch, in Zeiten wachsenden Fachkräftemangels den eigenen Nachwuchs zu sichern.

Sächsische Kommunen in der Finanznot

Der Haushalt und Haushaltsplanberatungen sind eines der Kernstücke der Kommunalpolitik; kommunalpolitische Diskussionen und Auseinandersetzungen manifestieren sich oft an Haushaltsansätzen und am Investitionsprogramm. Hier wird schon das erste Problem sichtbar: Der Haushalt ist Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck. Nicht zuletzt unter dem Druck der Schulden ist das aber in vielen Kommunen anders. Sparen wird zum Selbstzweck. Kurzfristige Möglichkeiten, Mittel zu sparen schieben sich vor strategische Ziele und führen nicht selten dazu, dass für kurzfristige Einsparungen später doppelt und dreifach drauf gezahlt werden muss.

Das gilt auch für zweifelhafte Versuche mit Hilfe kommunaler Unternehmen auf überregionalen Märkten Gewinne zu erwirtschaften, um den Haushalt durch zusätzliche Einnahmen zu entlasten. Ebenso wenig sollten sich die Kommunen hoch spekulativer Finanzierungsmodelle wie der Cross-Border-Geschäfte bedienen, bei denen städtische Einrichtungen zunächst an ausländische Investoren als Steuersparmodell verkauft und von der Gemeinde anschließend gemietet werden. Die gegenwärtige Krise zeigt sehr deutlich, mit welchen unkalkulierbaren Risiken solche Spekulationen verbunden sind. Die Folgen tragen am Ende die Bürger.

Struktur und Aufbau des Haushalts sind in allen Kommunen in Deutschland in etwa vergleichbar. Grundlage der kommunalen Haushaltswirtschaft ist – wie für alle öffentlichen Haushalte – (noch) die Kameralistik. Sie beruht auf den tatsächlichen Zahlungsvorgängen. Damit unterscheidet sich die Kameralistik ganz wesentlich von der kaufmännischen Buchführung; in der Kameralistik gibt es keine betriebswirtschaftliche Ermittlung von Aufwand und Ertrag. Abschreibungen werden daher – mit Ausnahme der so genannten kostenrechnenden Einrichtungen – in der Regel nicht veranschlagt. Auch ein der kaufmännischen Bilanz vergleichbarer Vermögensnachweis fehlt im kommunalen Haushalt. Das schließt allerdings nicht aus, dass verschiedene Kommunen ergänzende Informationen innerhalb des Haushalts, aber auch in gesonderter Form bieten. Zu diesen Sonderformen zählen zum einen so genannte Beteiligungsberichte, mit denen - bisher vor allem größere – Kommunen wie z.B. Leipzig einen Überblick über ihre wirtschaftlichen Unternehmen und Beteiligungen gegeben haben. In dem Zusammenhang ist auch das Haushaltssicherungskonzept zu erwähnen, das wichtige Informationen zur Haushaltswirtschaft und zu Konsolidierungsmaßnahmen enthält.

Derzeit befindet sich das kommunale Haushaltsrecht in einer Umbruchphase. Sachsen will, wie auch andere Bundesländer, die kommunalen Haushalte auf ein der kaufmännischen Buchführung vergleichbares System umstellen. Dazu gehört zum einen die Aufstellung einer Bilanz – damit wird erstmals kommunales Vermögen dargestellt. Zum anderen wird eine Kosten- und Leistungsrechnung verlangt, die für alle kommunalen Aktivitäten den Ressourcenverbrauch transparent machen soll; dazu gehört dann auch die generelle Einführung von Abschreibungen auf das kommunale Vermögen. Schließlich soll auch die Gliederung des Haushalts verändert werden, indem zum maßgeblichen Ordnungskriterium die so genannten Produkte werden, d.h. die von einer Kommune für die Bürgerschaft, die Wirtschaft, Gäste, aber auch für den eigenen Bedarf erstellten Leistungen.

Wichtig ist, dass es Abgeordneten und Bürgern leichter sein muss als bisher zu erkennen, was welche kommunalen Leistungen kosten und was Investitionen voraussichtlich an Ertrag bringen. Auch wenn die Kosten bei kommunalen Ausgaben nie das alleinige Entscheidungskriterium sein können, ist es aber doch sehr hilfreich künftig Klarheit darüber zu haben, mit welchem Aufwand ein angestrebtes Ergebnis erreicht werden kann, ob es dazu Alternativen gibt, die ein besseres Aufwand-/Nutzen-Verhältnis haben und ob man sich eventuell Projekte leisten will, die mit großem Aufwand wenig finanziellen Ertrag und möglicherweise auch im Verhältnis zu Alternativen voraussichtlich bescheidenen Nutzen für die Lebensqualität in der Kommune haben. Die laufende Reform der kommunalen Haushalte wird es auf jeden Fall ehrenamtlich arbeitenden Abgeordneten und interessierten Bürgern erleichtern, Aufwand und Nutzen besser zu beurteilen und qualifiziert mitzureden. Dazu muß künftig bereits der Haushaltsentwurf öffentlich zugänglich gemacht werden, am Besten per Internet. Der von der Leipziger Agenda 21 angeregte Bürgerhaushalt in Leipzig, bei dem jeder Bürger im Internet zum Haushaltsentwurf Vorschläge machen kann, ist dafür ein gutes Beispiel. Viele sächsische Kommunen sind hoch verschuldet. Die Sparmaßnahmen, die zwangsläufig daraus resultieren, zerstören nach und nach die soziale Infrastruktur der Städte. Die Hauptursachen für diese Misere sind:

Politik des Bundes und der Länder

Den Kommunen sind in den letzten Jahren ständig neue Pflichtaufgaben übertragen worden, ohne ihnen zugleich die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Für die Zukunft muss streng gelten, keine neuen Aufgaben für die Kommunen ohne ihnen die entsprechenden Mittel dafür zur Verfügung zu stellen. Dazu kommt speziell in Sachsen das ständige Hineinreden der Landesbehörden in die Haushalte. Dadurch geraten strategische Aufgaben aus dem Blick und es wird die demokratische Mitsprache der Bürger ausgehebelt. Am Ende ist nur noch wichtig, den Haushalt so aufzustellen, dass die Landesdirektion ihm zustimmt. Die Landesdirektion ist aber weit entfernt von den Problemen in den Kommunen und vor allem nicht betroffen von den Folgen einer verfehlten kommunalen Finanzpolitik. Dieses Hineinreden hebt die kommunale Selbstbestimmung zum Schaden der Kommunen aus.

Steuerpolitik

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind eine wichtige Finanzquelle der Kommunen. Das führt zu erheblichen Disproportionen, die von den Kommunen kaum zu beeinflussen sind. So sind teilweise kleinere Kommunen am Rand der großen Städte mit steuerzahlenden Unternehmen gut bestückt, während die Ausgaben für Infrastruktur usw. größtenteils bei den Nachbarn hängen bleiben. Teilweise gibt es in den Kommunen nur unselbständige Niederlassungen, die erheblichen Bedarf an kommunalen Dienstleistungen haben, aber vor Ort keine Steuern zahlen.

Problematisch ist, dass die Gewerbesteuer nur am Hauptsitz des jeweiligen Unternehmens in Sachsen anfällt. Leipzigs größtes Industrieunternehmen, Siemens, hat zum Beispiel seinen sächsischen Hauptsitz in Dresden. Aber auch Leipzig kassiert Steuern von Unternehmen

deren Filialen vor allem andernorts aktiv sind. Umgekehrt verlieren große Städte an Einnahmen, wenn vor allem die gut Verdienenden in das Umland abwandern. Die großen Städte haben davon z.B. ein erhöhtes Verkehrsaufkommen und damit verbundene Ausgaben, die Wohnviertel außerhalb der Stadt erhöhte Steuereinnahmen. Die Steuereinnahmen stehen in keiner Relation zu den tatsächlichen Aufgaben und den damit verbundenen Ausgaben der Kommunen. Die Kulturangebote größerer Städte sind zum Beispiel auch für die Bewohner des Umlandes sehr wichtig, die aber nicht zu deren Finanzierung herangezogen werden. Die Gewerbesteuer ist keine zuverlässige Kalkulationsgrundlage für die Kommunen. Zudem stellt sie eine einseitige Belastung für die örtliche Wirtschaft dar. Die geplante Ausdehnung der Bemessungsgrundlage auf ertragsunabhängige Faktoren führt dazu, dass kleinere und mittlere Unternehmen weiter Eigenkapital verlieren werden. Folge hiervon ist, dass die Zahl der Unternehmenspleiten steigen und die finanzielle Ausstattung der Kommunen sich noch desolater darstellen wird.

Die ertragsunabhängige Gewerbesteuer sollte daher abgeschafft werden. An Stelle der Gewerbesteuer muss den Kommunen eine verlässliche Einnahmequelle gesichert werden. Im Gegenzug muss den Städten und Gemeinden ein erheblich höherer Anteil an der Umsatzsteuer zugeteilt werden als bisher. Außerdem könnten die kreisfreien Städte und Landkreise ein Hebesatzrecht auf die in den letzten Jahren merklich gesenkte Einkommenssteuer erhalten. Dieser Hebesatz ist grundsätzlich per Bürgerentscheid zu beschließen. Hat die Kommune zu wenig Einnahmen bekommen das vor allem die Bürger zu spüren und die können daher wie in der Schweiz direkt darüber entscheiden. Der kommunale Anteil der Einkommenssteuer sollte dabei für das gesamte Bruttoeinkommen gelten, Ausgaben können dann nur auf den verbleibenden Teil von der Steuer abgesetzt werden.

Mangelnde Zusammenarbeit der Kommunen

Verschärft wird diese Situation durch Konkurrenz der Kommunen untereinander um Ansiedlung von Investoren. Gewerbegebiete und Infrastruktur sowie Serviceleistungen werden im Übermaß vorgehalten. Dazu kommen überreichlich ausgewiesene Baugebiete, um Steuern zahlende Einwohner zu gewinnen oder zu halten. Auf den Erschließungskosten bleiben die Kommunen sitzen, wenn die Grundstücke nicht verkauft werden können. Auch wenn der größte Teil des Geldes aus Fördermitteln stammt: Die Kommunen müssen einen Eigenanteil aufbringen und auch für Unterhalt und Pflege sorgen. Der Standortwettbewerb der Kommunen ist, wenn man alle Kommunen betrachtet, ein Rennen, bei dem die Kommunen nur verlieren und nur die großen Unternehmen gewinnen. Ein Beispiel dafür ist die Entwicklung des Seengebietes südlich von Leipzig. Es gibt zwar Zweckverbände und gemeinsame Vereinbarungen über Entwicklungsschwerpunkte, tauchen aber Investoren auf, ist alles vergessen. Der daraus resultierende Wildwuchs führt dazu, dass die Attraktivität des Gebietes und sein Naturreichtum ruiniert werden. Das sind aber die wichtigsten Magneten für Erholungssuchende aus der Umgebung und Touristen dorthin zu kommen und Geld auszugeben. Wer den Tourismus fördern will, kann nicht auch gleichzeitig die dort gelegene Deponie Cröbern für Giftmüll öffnen.

Zunahme der Ausgaben für Pflichtaufgaben

Ursache ist hier einmal mehr das wachsende Durchschnittsalter der Einwohner. Mit der wachsenden Zahl der älteren Bürger nehmen Ausgaben für deren Betreuung zu. Mit den wieder steigenden Arbeitslosenzahlen werden auch weitere Sozialausgaben steigen. Das führt auch dazu, dass für gemeinnützige Arbeit und Eigenarbeit weniger Mittel zur Verfügung stehen. Diese bringen zwar für die Kommunen unmittelbar keine Einnahmen, tragen aber einen erheblichen Anteil zur Lebensqualität bei und machen damit die Kommune auch für Investoren attraktiver. Lebensqualität und soziale Absicherung stärken auch direkt Leistungsmotivation und für allem Innovationsbereitschaft. Die Vernachlässigung von gemeinnütziger Arbeit und Sozialpolitik in den Kommunen unter dem Druck der Finanznot mindert damit die Attraktivität der Kommunen für Investoren.

Fördermittel

Die Fördermittelpolitik führt zu systematischen Fehlallokationen und teilweise vermeidbaren Zusatzausgaben. Die Kommunen sehen oft einseitig nur das zusätzliche Geld und die Aufträge, die damit für den regionalen Mittelstand ausgelöst werden. Die Bedeutung für die langfristige Kommunalentwicklung gerät dabei aus dem Blick, getreu des alten Sprichwortes, dass einem (halb) geschenkten Gaul nicht ins Maul gesehen werden solle. Übersehen wird auch, dass fast alle großen Projekte der öffentlichen Hand schön gerechnet sind, um den Antrag erstmal durch die Instanzen zu bringen, und ungeplante Mehrausgaben nach sich ziehen. Aber wer wagt es schon, halbfertige Projekte abzubrechen, wenn sich herausstellt, dass die Kosten sehr viel höher liegen als ursprünglich geplant? Vergessen wird regelmäßig auch, dass die mit Fördermitteln gebauten Straßen, Gebäude usw. unterhalten und betrieben werden müssen. Dafür gibt es in der Regel keine Fördermittel mehr. Die aktuelle Fördermittelpolitik dient vor allem dazu, die kommunale Selbstbestimmung zu unterlaufen und verführt die Kommunen zu Investitionen, die bei einer strikten Beachtung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses, besonders im Hinblick auf die Lebensqualität, mindestens sehr nachrangig wären. Viele dieser geförderten Objekte hätten die Kommunen nie in Angriff genommen, wenn sie das Geld aus den Fördertöpfen von vornherein zur freien Verfügung gehabt hätten.

Schulden sind dann vertretbar, wenn es gute Gründe für die Annahme gibt, dass die mit geborgtem Geld finanzierten Investitionen und Maßnahmen dazu führen werden, dass in einem überschaubaren Zeitraum Mehreinnahmen erzielt werden, mit denen die Schulden wieder vollständig abgebaut werden können. Dabei ist zu beachten, dass auch Ausgaben für Sozialpolitik, Kultur, Sport und Umweltschutz über eine verbesserte Lebensqualität und die Vermeidung noch weit höherer Kosten dazu beitragen können, die Finanzlage der Kommune zu verbessern. Eine hohe Lebensqualität hilft das Engagement der Bürger für ihre Kommune zu erhöhen, erhöht die Attraktivität für Investoren, hilft Abwanderung zu verringern und fördert Zuzug und verbessert auch Arbeitsmotivation sowie Lern- und Innovationsbereitschaft. Ausgaben für den Naturschutz steigern über eine attraktive Landschaft die Unternehmen, die mit Freizeit, Naherholung und Tourismus ihr Geld verdienen und fördern den Zuzug. Umgekehrt zieht unterlassener Umweltschutz über erhöhten Krankenstand, Schäden aus Unwetterkatastrophen sowie ein attraktivitätsminderndes Negativimage auch unmittelbar erhöhte Kosten und verminderte Einnahmen nach sich und verringert die Lebensqualität.

Impressum:

Texte: Jürgen Kasek
Leipzig 2008

DAKS - Vorstand:

Jens Bitzka
Alexander Hoffmann
Jens Hoffsommer
Katharina Krefft
Wolfram Leuze
Thoralf Möhli
Andreas Warschau

Vorstandsreferent:

Norman Volger

Herausgeber:

DAKS e.V. – Die ALTERNATIVE Kommunalpolitik Sachsens
Hohe Straße 58 · 04107 Leipzig
Tel: 0341 2195740
E-Mail: mail@daksev.de
Internet: <http://www.DAKSev.de>

Herstellung:

Cartell - Agentur für Citymedien
Gedruckt mit Ökofarbe auf 100% Recycling-Papier.
www.ökoprint.net

DAKS e.V. wird mit Mitteln des Sächsischen Staatsministeriums des Innern unterstützt. Die Inhalte des vorliegenden Werkes einschließlich aller seiner Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne die Zustimmung von DAKS e.V. ist unzulässig.

DAKS e.V.

Die ALTERNATIVE Kommunalpolitik Sachsens

Hohe Straße 58

04107 Leipzig

Tel: 0341 2195740

E-Mail: mail@daksev.de

Internet: www.DAKSev.de

